

Keine Lust auf Olympia

Eine repräsentative Tamedia-Umfrage zeigt es: Schweizerinnen und Schweizer stehen nicht hinter der Winterolympiade «Sion 2026».

60 % der Befragten lehnen Winterspiele grundsätzlich ab. Geht es konkret um die Finanzierung der Olympia-Milliarde, die der Bund beisteuern soll, sind gar 65 % dagegen.

Die Motion, die ich zusammen mit Grossratskolleginnen und -kollegen aus allen Parteien ausser der FDP im März 2017 miteinreichte, legt den Finger genau auf den wunden Punkt. Ursprünglich sollten die Exekutiven auf den verschiedenen politischen Ebenen grundsätzlich über eine Kandidatur «Sion 2026» entscheiden. Parlamente und je nach Betrag auch

das Volk sollten erst bei den Krediten zum Handkuss kommen. Mit diesem Vorgehen haben wir insbesondere bei der Tour de France schlechte Erfahrungen gemacht. Wir konnten nur über den Kredit abstimmen, diesen aber eigentlich nicht ablehnen, weil es für den Abbruch des Projekts zu spät war.

Dies wollten wir uns nicht ein zweites Mal gefallen lassen und verlangten, dass dem Grossen Rat und dem Volk ein Grundsatzentscheid zum Mitmachen des Kantons Bern bei «Sion 2026» unterbreitet wird. Die Motion wurde von unserem bürgerlichen Parlament, das Projekte zugunsten des Tourismus stets durchwinkt, im Juni 2017 immerhin mit 129 zu 2 Stimmen als Postulat überwiesen.

Nun bläst man auch auf Bundesebene ins gleiche Horn: Die Bündner SP-Nationalrätin



Barbara Streit-Stettler

Silvia Semadeni verlangt in einer Motion, dass das Schweizer Olympiaprojekt dem Referendum unterstellt wird. Bereits am 13. März 2018 wird der Nationalrat darüber entscheiden.

Es wird damit gerechnet, dass die Motion angenommen wird und die nötigen 50 000 Unterschriften für ein Referendum zusammenkommen. In diesem Fall wird die Schweiz im ersten Halbjahr 2019 über «Sion 2026» abstimmen.

Barbara Streit-Stettler, Grossrätin

Ruhige Januar-Session

Im Januar 2018 musste der Grosse Rat drei Tage «nachsitzen», weil in der Novembersession nicht alle Traktanden abgearbeitet werden konnten. Hauptthema war das Polizeigesetz, das im Vergleich zur Spardebatte sehr ruhig und konsensorientiert in einer ersten Lesung verhandelt wurde. Wenn es in der zweiten Lesung in diesem Rahmen verabschiedet werden kann, kommt es den Bedürfnissen der Stadt Bern entgegen. Identitätskontrollen bleiben weiterhin Sache der Polizei und sollen nicht von anderen Akteuren wie privaten Sicherheitsdiensten übernommen werden können. Bei gewalttätigen Demonstrationen können die Kosten für Polizeieinsätze neu den Randalierern überwältigt werden. Nach wie vor teilen sich Kanton und Gemeinden in die Verantwortung für die Polizeiarbeit. Die Kosten für die polizeiliche Vollzugshilfe werden aufgrund der Bevölkerungszahl pauschalisiert und so vermehrt auch von kleinen Gemeinden mitgetragen. *BSt*

Einblicke in die Parteiarbeit

An der Hauptversammlung der EVP Stadt Bern vom 14. Februar gaben vier Personen offen und informativ Einblick in ihre politische Arbeit, ihre Erfolge, Misserfolge und Herausforderungen. Grossrätin Barbara Streit und die Stadtratsmit-

glieder Bettina Jans und Matthias Stürmer schilderten ihre Arbeit in Rat, Fraktion und Kommission, EVP-Generalsekretär Dominik Währy die vielen Aufgaben im Sekretariat und bei diversen Treffen im Bundeshaus. *ce*

EVP im Netz

Aktuelle Infos der EVP finden Sie jeweils auf www.evp-bern.ch sowie auf www.facebook.com/evpstadtbern.

Auf www.evp-bern.ch steht Ihnen die «EVP-Info» auch als PDF-Datei zur Verfügung (ideal zum Weitersenden an Verwandte, Freunde und Bekannte). Dies immer schon bevor Sie die «EVP-Info» als Beilage zur kantonalen Zeitung «Berner EVP» in Ihrem Briefkasten haben.

EVP-Info

Informationen
der Evangelischen
Volkspartei Stadt Bern
www.evp-bern.ch

März 2018

Medienkompetenz im Kindergarten

Der Bund definiert Medienkompetenz in seinem Programm «Jugend und Medien» als «bewussten und vor allem verantwortungsbewussten Umgang mit Medien». Darin ist man sich einig, jedoch nicht darin, wie man zu diesem verantwortungsbewussten Umgang kommt. Eine weit verbreitete Alltagstheorie ist: indem man möglichst früh den Umgang mit Medien übt. Vielleicht kommt diese Meinung daher, dass die meisten der heute entscheidungstragenden Personen erst spät mit den modernen digitalen Medien in Kontakt gekommen sind.

Der Lehrplan 21 beinhaltet einen Kompetenzbereich «Medien und Informatik», der bereits für den Zyklus 1 (Kindergarten und 1./2. Klasse) vorsieht, dass Kinder lernen, Geräte ein- und auszuschalten,

Programme zu bedienen und sich in einem Netzwerk mit eigenem Login anzumelden. Deshalb und weil man gerne flächendeckend Basisstufen-Klassen einrichten möchte, sollen jetzt in der Stadt Bern alle Kindergärten zusammen mit den Schulhäusern mit WLAN ausgerüstet werden. Momentan ist aber nicht absehbar, wann die Finanzen zur Einführung der Basisstufen zur Verfügung stehen werden. So werden dann wohl die Tablets voraus-eilend halt auch schon in den Kindergärten für die 4- bis 6-Jährigen zur Verfügung gestellt.

Doch was sollen elektronische Bildschirmmedien zur Erreichung der Kindergarten-Ziele beitragen? Viele Kinder bringen Entwicklungsdefizite mit in den Kindergarten: im Deutsch als Fremdsprache, im motorischen oder auch

im emotionalen Bereich. Studien belegen, dass v.a. Kinder aus sozial und ausbildungsmässig schwächeren Familien zu Hause (oder mit Handy unterwegs) viel Zeit vor Bildschirmen verbringen. Gerade sie brauchen die wertvolle bildschirmfreie Zeit im Kindergarten zum Erwerb von ganz grundlegenden kognitiven Fähigkeiten. Zum Sprach- und Schrifterwerb sind digitale Geräte ungeeignet. Die hochkomplexe Entwicklung des Gehirns erfolgt durch viele sensorische Erfahrungen, durch die im Gehirn aus langsamen Verbindungen leistungsfähige «Signal-Autobahnen» werden. Wenn die Übung aber zu kurz kommt, kann das Gehirn gewisse Leistungen nicht vollbringen, und das Kind wird langfristig in Rückstand geraten.



Bettina Jans-Troxler

Wenn man bedenkt, in welchen Bevölkerungsschichten Kinder früh viel Zeit vor Bildschirmen verbringen, erkennt man, dass dies Bemühungen um Chancengleichheit zunichte macht, bevor die Schule Einfluss nehmen kann.

Darum hat der Kindergarten eine eminent wichtige Rolle, um allen Kindern eine einigermaßen normale kognitive und motorische Entwicklung zu ermöglichen. Dazu braucht es sicher keine Tablets in den Kindergärten.

Bettina Jans-Troxler, Präs. EVP Stadt Bern

Wählen Sie am 25. März EVP!

Für die Grossratswahlen kandidieren zusammen mit der bisherigen Grossrätin **Barbara Streit-Stettler** 20 Männer und Frauen für die EVP Stadt Bern. Am besten unterstützen Sie sie mit der unveränderten **Liste 1**. – Für den Regierungsrat tritt EVP-Grossrat **Hans Kipfer** aus Münsingen für die Mitte an. Schreiben Sie ihn **einmal** auf ihre Regierungsratsliste!

Termine 2018

Mittwoch 16. Mai: Parolenfassung
Im Juni: «Mit der EVP unterwegs». Ort / Termin offen.
Mittwoch 29. August: Parolenfassung
Mittwoch 31. Oktober: Parolenfassung
Mittwoch 5. Dezember: Adventsfeier
Mittwochsanlässe je 19.30 Uhr, Nägeligasse 9, Bern.

«Für ein besseres Verständnis zwischen Stadt und Land»

Neben der bisherigen Grossrätin Barbara Streit-Stettler stellen sich in der Spitzengruppe für die Grossratswahlen vom 25. März drei weitere politisch erfahrene Polit-Routiniers zur Verfügung:



Stadtrat Matthias Stürmer, Grossrätin Barbara Streit-Stettler, Stadträtin Bettina Jans-Troxler und EVP-Generalsekretär Dominik Währy gönnen sich während der Fotosession auch mal einen Spass.

Welche Voraussetzungen bringst du mit, um im Grossen Rat mitzuwirken?

Barbara: Ich blicke mittlerweile auf fast vier Jahre im Grossen Rat zurück und konnte in dieser Zeit viele Erfahrungen sammeln und Beziehungen knüpfen. Diese helfen mir nun in der zweiten Legislatur, mit Vorstössen «grössere Kisten», zum Beispiel in der Bildung oder in der Finanzpolitik, anzupacken.

Matthias: In den sechs Jahren als Berner Stadtrat und als Mitglied in der Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt inklusive Präsidium während

eines Jahres bringe ich breite, politische Erfahrung mit.

Dominik: Ich vertrete eine eher seltene Kombination: Aktiver Christ mit drei Kindern im Vorschulalter, unternehmerisch denkend mit einem ausgeprägten sozialen und ökologischen Bewusstsein. Das würde dem Kanton Bern gut tun. Und auch der EVP würde ein jüngeres Gesicht im Rat keineswegs schaden. ;)

Was möchtest du im Kanton Bern besonders gerne ändern?

Barbara: Die einzelnen Grossrätinnen und Grossräte sind in ihrer Politik sehr stark auf die Bedürfnisse der

eigenen Region fokussiert. Ich würde mir wünschen, dass es uns vermehrt gelingt, für den ganzen Kanton zu denken und für Stadt und Land, für Arm und Reich und für Alt und Jung nach guten Lösungen zu suchen.

Matthias: Ich möchte den Kanton Bern fit machen fürs digitale Zeitalter, damit die Verwaltung, die Spitäler, die Schulen und auch die Wirtschaft bereit sind für die Chancen und Herausforderungen der Zukunft.

Bettina: Ich wünsche mir den Kanton Bern als solidarische Einheit. Dass sich die Landbewohner auch für die Stadt und die

Stadtbewohner fürs Land engagieren. Dass sich Deutschsprachige und der Berner Jura als Einheit fühlen. Dass diejenigen, die genug zum Leben haben, auch gegenüber den Bedürftigen grosszügig sind. Dass sich die Alten für die Jungen und die Jungen für die Alten einsetzen und so weiter.

Wie verträgt sich die christliche Nächstenliebe mit den teils harten und unfairen politischen Auseinandersetzungen?

Barbara: Vordergründig hängt vieles davon ab, wen wir am 25. März in den Grossen Rat wählen. Im Hintergrund können wir aber auch

durch strategische Überlegungen, persönliche Beziehungen und Überzeugungsarbeit zu Veränderungen beitragen. Letzteres finde ich spannend, frei nach der Devise aus der Bibel: Seid ohne Falsch wie die Tauben und klug wie die Schlangen.

Matthias: Mir ist es wichtig, dass ich, wenn ich anderer Meinung bin, meine Argumente standfest vorbringen kann, aber trotzdem nicht verletzend argumentiere. Gleichzeitig habe ich mir auch angewöhnen müssen, dass ich unfaire Angriffe auf meine Person oder meine Anliegen nicht persönlich nehmen und innerlich vergeben kann.

Dominik: Ich möchte im Sinne der Nächstenliebe Politik für Menschen machen. Dabei habe ich jedoch kein Problem, auch einmal hart und engagiert in der Sache zu diskutieren. Im Gegenteil: Ich mag klare Verhältnisse. Und für Fairness lohnt es sich zu kämpfen!

Was kannst du als Politiker/in bzw. was kann die EVP dazu beitragen, dass der Kanton Bern ein wenig gerechter, solidarischer oder enkeltauglicher wird?

Bettina: Wir können in allen Fragen die Interessen unserer Kinder oder (zukünftigen) Enkel ins Zentrum rücken anstelle der Interessen

der Wirtschaft, diffuser Ängste usw. Die Kinder haben beängstigend wenig Vertretung in der Politik, obwohl sie unsere Zukunft sind.

Für welches Stadtberner Anliegen möchtest du dich im Kanton speziell einsetzen?

Barbara: Ich setze mich dafür ein, dass Bern seine Zentrumsfunktion als positiven Wert wahrnehmen kann. Zum Beispiel in der tertiären Bildung, in der Kultur und mit einem starken ÖV, der einen Verzicht aufs Auto leicht macht. Die Zusatzleistungen, die die Stadt Bern gegenüber dem Umland erbringt, müssen aber mindestens teilweise

abgegolten werden. **Bettina:** Momentan ist es leider eher ein Gegeneinander statt ein Miteinander von Stadt und Kanton – ich möchte mich deshalb für ein positiveres Image der Stadt Bern einsetzen. **Dominik:** Mir gefällt zum Beispiel der politisch ausgeprägte Stadt-Land-Graben nicht. Ich würde mich deshalb für ein besseres Verständnis der gegenseitigen Herausforderungen zwischen Stadt und Land einsetzen. Natürlich im Sinne meiner Lieblingsstadt, aber auch um die Fragestellungen ausserhalb der Stadt besser zu verstehen und dafür Lösungen zu finden.

Interview: Christof Erne

Die 20 Kandidierenden der EVP, Liste 1

Für die Grossratswahlen vom 25. März präsentiert die EVP Stadt Bern auf Liste 1 zwanzig engagierte Kandidierenden:

Spitzengruppe

- Barbara Streit-Stettler, 1962, Kommunikationsfachfrau, bisher
- Bettina Jans-Troxler, 1980, Jugendarbeiterin, Heilpädagogin
- Matthias Stürmer, 1980, Dozent Universität Bern
- Dominik Währy, 1983, Generalsekretär EVP Schweiz

Weitere Kandidierende

- Tabea Birkenberg-Zwygart, 1967, Familienfrau, Sozialpädagogin

- David Blatter, 1987, Softwareentwickler
- Matthias Bühlmann, 1985, Theologe, kirchlicher Mitarbeiter
- Bernhard Christen, 1965, Arbeitsagoge
- Leandra Gafner, 1994, Studentin Rechtswissenschaften
- Simon Gyger, 1976, Innenarchitekt FH
- Simone Janner, 1981, Zahnarzt
- Hans Kaltenrieder, 1966, Architekt ETH/SIA
- Maya Kessler, 1962, Sigristin
- Ursula Klopstein, 1964, Ärztin

- Anita Reichenbach, 1985, Leiterin Kinderparadies Shoppyland
- Marco Steinmann, 1994, Koch
- Therese Streit-Ramseier, 1962, Sozialarbeiterin HFS, Individualpsycholog. Beraterin
- Anja Suter, 1989, Studentin, Gemeindefachfrau EGW
- Lukas Wellauer, 1987, Student Soziale Arbeit, Regionalleiter Studium bei den VBG
- Lukas Zbinden, 1980, Informatikingenieur FH

Impressum

Herausgeber:
EVP Kanton Bern,
Postfach, 3000 Bern 7

Redaktion:
«Berner EVP»,
Christof Erne, Bern
Kontaktadresse
für «EVP-Info»:
Christof Erne,
Tel. 031 991 78 91,
bevp@evp-be.ch
EVP Stadt Bern, Postfach 6049, 3001 Bern
Postkonto 30-2067-3
info@evp-bern.ch,
www.evp-bern.ch
www.facebook.com/evpstadtbern

